

Russland nach den Wahlen: erste Amtszeit Medwedjews oder "dritte Amtszeit" Putins?

Malek, Martin

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Malek, M. (2008). *Russland nach den Wahlen: erste Amtszeit Medwedjews oder "dritte Amtszeit" Putins?* (AIPA - Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik, 2/2008). Köln: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-218291>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

AIPA 2/2008

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Martin Malek

**Russland nach den Wahlen:
Erste Amtszeit Medwedjews oder
„dritte Amtszeit“ Putins?**



Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln

ISSN 1611-0072

Abstract

Der vorliegende Beitrag skizziert zunächst die Beschaffenheit der Realverfassung Russlands am Ende der zweiten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin. Er geht auf Elemente der „gelenkten Demokratie“ ein, auf die Korruption, die sich unter Putin – im Gegensatz zu seinen Versprechen bei Amtsantritt – verschlimmert hat, auf die immer noch zunehmenden sozialen Asymmetrien, die Rolle der Imitation im politischen System Russlands sowie die weitgehende Ausschaltung kritischer Medien. Er schildert die verschiedenen Vorschläge zur Lösung des „Problems 2008“ (d.h. des Ablaufjahres der zweiten Amtsperiode Putins) und beschreibt die „Transformation der Macht“ von Putin zu Dmitrij Medwedjew zwischen März und Mai 2008. Er stellt Perspektiven der Umverteilung von Kompetenzen vom Präsidenten zum Premier sowie die Wahrscheinlichkeit von Änderungen des außen- und sicherheitspolitischen Kurses Russlands unter Medwedjew dar.

Autoreninformation

Mag. Dr. Martin Malek (*1965)

forscht zu Themen der GUS an der Landesverteidigungsakademie Wien, Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.

AIPA 2/2008

Arbeitspapiere zur Internationalen Politik
und Außenpolitik

Martin Malek

**Russland nach den Wahlen:
Erste Amtszeit Medwedjews oder
„dritte Amtszeit“ Putins?**

ISSN 1611-0072

Lehrstuhl Internationale Politik
Universität zu Köln, Gottfried-Keller-Straße 6, 50931 Köln

Redaktionelle Bearbeitung: Kevin Alexander

Köln 2008

INHALT

1. Einleitung	1
2. Russland am Ende der Präsidentschaft Putins: Eine kurze Bestandsaufnahme..	2
2.1. Elemente der „gelenkten Demokratie“	2
2.2. Korruption und soziale Brüche.....	3
2.3. Imitation im politischen System Russlands	4
2.4. Medien.....	7
2.5. Gudkow über den Zustand der Demokratie in Russland.....	8
3. Vorschläge zur Lösung des „Problems 2008“ (bis Dezember 2007)	9
4. Die „Transformation der Macht“ zwischen März und Mai 2008.....	11
5. Umverteilung von Kompetenzen vom Präsidenten zum Premier?	14
6. Wie wahrscheinlich sind Änderungen des außen- und sicherheitspolitischen Kurses unter Medwedjew?	17
7. Fazit.....	19

Russland nach den Wahlen:

Erste Amtszeit Medwedjews oder „dritte Amtszeit“ Putins?

1. Einleitung

Im Dezember 2007 stellte der Kreml Dmitrij Medwedjew als Kandidaten für die kommende Präsidentenwahl vor und designierte ihn damit de facto zum Nachfolger von Amtsinhaber Wladimir Putin, der sich dem Ende seiner zweiten und nach der Verfassung letzten Amtszeit näherte. Damit fanden lange Spekulationen über Putins Nachfolgeregelung ein Ende. Unverzüglich einsetzende Mutmaßungen über die Hintergründe dieser Entscheidung sind erheblich weniger relevant als die Frage, was von Medwedjew zu erwarten ist. Wird er aus dem mächtigen Schatten seines Mentors Putin heraustreten können, ja überhaupt wollen? Ist von einer Umverteilung der Kompetenzen des Präsidenten zugunsten des Premierministers auszugehen? Und wie wahrscheinlich sind Änderungen des außen- und sicherheitspolitischen Kurses unter Medwedjew? Vorliegende Kurzanalyse versucht Antworten auf diese Fragen.

2. Russland am Ende der Präsidentschaft Putins: Eine kurze Bestandsaufnahme

2.1. Elemente der „gelenkten Demokratie“

Die wichtigsten Elemente des „Systems Putin“ bzw. der vom Kreml im Land etablierten „gelenkten Demokratie“ sind Wahlen mit vorbestimmtem Ausgang, eine Aushöhlung der Autonomie der Regionen (die in den 1990er Jahren eine teilweise recht eigenständige Rolle mit Einfluss auch auf föderaler Ebene gespielt hatten), staatlich verordneter Patriotismus, Anzeichen für die Entstehung einer russischen Ethnokratie im Vielvölkerstaat Russland (der Slogan „Russland den Russen!“ erfreut sich nach allen Meinungsumfragen steigender Beliebtheit), Kontrolle des Kremls über die meisten landesweit sendenden elektronischen Medien (und sämtliche Fernsehkanäle) und viele Printmedien, eine politisierte und am Gängelband der Exekutive hängende Justiz (bis hin zum Verfassungsgericht), eine Ausweitung des Einflusses des Staates (d.h. des Kremls) in der Wirtschaft sowie eine Militarisierung der politischen Elite: Nach Berechnung der Elitenforscherin Olga Kryschtanowskaja vom Institut für Soziologie der Russländischen Akademie der Wissenschaften von 2006 waren 78% der 1.028 wichtigsten Politiker und Funktionäre des Landes irgendwann mit dem sowjetischen KGB und/oder postsowjetischen russischen Nachrichtendiensten verbunden.¹ Die „gelenkte Demokratie“ beruht auf einer starken Zentralmacht bzw. der so genannten „Präsidentenvertikale“, deren Herzstück die Administration des Präsidenten der Russländischen Föderation in Moskau ist. Es handelt sich dabei um eine „Kommandokette“ des Kremls, in die sich alle wichtigen Organe in Staat und Gesellschaft – darunter insbesondere Regierung, Parlament, Justiz sowie die meisten Parteien, Verbände und Medien – einzufügen haben. Es ist

1 Nach: Peter Finn: In Russia, A Secretive Force Widens. Putin Led Regrouping Of Security Services. Washington Post Foreign Service, 12.12.2006, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/12/11/AR2006121101434.html> (abgerufen 7.6.2008).

sehr fraglich, ob dieses System mit der von der russischen Verfassung von 1993 festgelegten horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung vereinbar ist.

Wladimir Putin, seit Mai 2008 (wie schon zwischen August 1999 und Mai 2000) Premierminister, ist nicht trotz, sondern wegen dieser Realverfassung in der politischen Elite und in der Bevölkerung populär. Der Mainstream der Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien, Meinungsumfragen usw. lassen keinen Zweifel daran, dass ein „westliches Modell“ (– was immer man darunter konkret auch verstehen mag) für Russland ganz überwiegend entschieden abgelehnt wird. Das „System Putin“ mit seinen autoritären Zügen nach innen und Weltmachtansprüchen nach außen stößt auf sehr viel mehr Zustimmung als die Präsidentschaft des „Demokraten“ Boris Jelzin, der 1991 bis 1999 amtierte.

2.2. Korruption und soziale Brüche

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Putin 1999/2000 gemachte (Wahl-) Versprechen offenkundig nicht einzuhalten vermochte. So scheiterte der Kampf gegen die Korruption: nach dem Corruption Perceptions Index der bekannten NGO „Transparency International“ nahm Russland im Jahr 2000 unter 90 erfassten Ländern ex aequo mit Kenia den 82. Platz ein, 2008 besetzte es unter 180 klassierten Ländern – zusammen mit Bangladesch, Kenia und Syrien – den 147. Rang. Der neue Präsident Medwedjew stellte der „Korruptionsbekämpfung“ seines Vorgängers – wohl ungewollt – ein vernichtendes Zeugnis aus, indem er wörtlich meinte, dass die Korruption „heute einen Teil der politischen Institutionen ersetzt“² und „die nationale Sicherheit bedroht“.³

Die soziale Ungleichheit hat unter Putin (weiter) zugenommen. Die „Forbes“-Liste der Milliardäre der Welt aus dem Jahr 2000 hatte noch keinen einzigen russischen Bürger ausgewiesen. Nach der jüngsten, im März 2008 veröffentlichten

2 Zitiert nach: Uwe Klussmann: „Das gibt Krieg“. Der Spiegel, 19/2008, S. 120-121, hier S. 121.

3 Zitiert nach: Medvedev nazval bednost' rossijan problemoj nomer odin. BBC Russian.com, 25.6.2008, http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/russia/newsid_7473000/7473106.stm (abgerufen 26.6.2008).

„Forbes“-Aufstellung gab es in Russland bereits 87 Dollarmilliardäre; mehr kennen nur noch die USA (469). 12 der 25 reichsten Personen Europas stammen aus Russland, und in Moskau leben 74 Milliarden – mehr als in jeder anderen Stadt der Welt. Gleichzeitig bezeichnete Medwedjew die Armut als eines der größten Probleme seines Landes⁴ – durchaus überraschend vor dem Hintergrund des Umstandes, dass Russland seit 1999 nach offiziellen Angaben Wachstumsraten zwischen 4,7% und 10% erzielt hat (2007: 8,1%),⁵ in den letzten Jahren stabile Budgetüberschüsse erwirtschaftet, in seinem so genannten Stabilitätsfonds mit Stand vom 30. Januar 2008 nach Angaben des Finanzministeriums 157,38 Mrd. US-Dollar hortet⁶, in seiner Zentralbank mit Stand 31. August 2008 „offizielle Reserven“ von 581,638 Mrd. Dollar (davon 446,053 Mrd. in Fremdwährungen) hält⁷ und Dutzende Milliarden Dollar für Prestigeprojekte bereitstellt, so etwa für die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi (das sich aufgrund seiner geographischen Lage am Schwarzen Meer eher für Sommerspiele eignen würde), immer neue Wolkenkratzer im Zentrum Moskaus, ein pompöses neues Gazprom-Hauptquartier in Putins Heimatstadt St. Petersburg, eine neue Ringautobahn um St. Petersburg (das derzeit größte Straßenbauprojekt Russlands, das im Endausbau 115 Kilometer umfassen soll) usw.

2.3. Imitation im politischen System Russlands

Manche russische und ausländische politische Beobachter bescheinigen dem politischen System Russlands, auch und gerade auf Imitation – einer Bürgergesellschaft,

4 Ebenda.

5 Rossijskaja Federacija: Osnovnye makroekonomičeskie pokazateli (v % k predyduščemu godu), <http://www.cisstat.com/rus/> (abgerufen 26.6.2008).

6 Finanzministerium Russlands: Sovokupnyj ob'em sredstv Stabilizacionnogo fonda RF, <http://www1.minfin.ru/ru/stabfund/statistics/volume/> (abgerufen 26.6.2008). Neuere Daten hat das Ministerium auf seiner Homepage nicht veröffentlicht.

7 International Reserves of the Russian Federation in 2008 (US \$ mln.). The Central Bank of the Russian Federation, 5.9.2008, http://www.cbr.ru/eng/print.asp?file=/eng/statistics/credit_statistics/inter_res_08_e.htm (abgerufen 5.9.2008).

einer Mehrparteiendemokratie und auch von Wahlen – zu beruhen,⁸ und eine nähere Analyse erbringt dafür tatsächlich nicht wenige Anhaltspunkte.

Die *Bürgergesellschaft* wird etwa durch die Schaffung einer so genannten „Bürgerkammer“ imitiert. Das ist ein beratendes Gremium, in dem Fachleute, aber auch etwa Zelebritäten aus dem Showbusiness vertreten sind. Teil der Inszenierung einer Zivilgesellschaft sind auch die vom Kreml bzw. ihm nahe stehenden Parteien unterhaltenen Jugendorganisationen „Junges Russland“, „Zusammen gehen“ und „Unsere“ („Naschi“). Gleichzeitig wird unabhängigen NGOs – und v.a. jenen, die sich um Menschen- und Bürgerrechte oder Demokratisierung kümmern – das Leben so schwer wie möglich gemacht; sie sind dem Pauschalvorwurf ausgesetzt, zu spionieren, ausländischen Mächten oder gar Terroristen zuzuarbeiten, die Regierung stürzen zu wollen etc.

Mehrparteiendemokratie: Nach den Wahlen vom 2. Dezember 2007 sind folgende Parteien in der Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) vertreten: „Einheitliches Russland“, „Gerechtes Russland“, Wladimir Schirinowskij ultranationalistische „Liberal-demokratische Partei Russlands“ (LDPR) und die Kommunistische Partei der Russländischen Föderation (KPRF). Die ersten beiden wurden überhaupt vom Kreml gegründet, die LDPR unterstützt den Kreml seit den Zeiten Jelzins, und die KPRF kritisiert den Kreml nicht von demokratischen, sondern von sowjetischen Standpunkten aus: Die Wirtschaftspolitik sei zu wenig an der Planwirtschaft orientiert, die Außenpolitik unentschlossen und zu wenig auf einen Großmachtstatus Russlands bedacht, die Militärausgaben (immer noch) zu niedrig; zudem hat die Partei die Wiederherstellung der Sowjetunion in ihrem Programm. Kreml-kritische demokratische Parteien (so „Jabloko“ des Wirtschaftsreformers Grigorij Jawlinskij und die „Union der rechten Kräfte“) sind seit 2003 nicht mehr in der Staatsduma repräsentiert – sehr wahrscheinlich aufgrund von Wahlmanipulationen durch die

8 Dmitrij Furman: Apologija imitacii. Demokratičeskaja forma, daže mnimaja, važnee i sil'nee so deržanija. Nezavizimaja gazeta, 6.4.2007, http://www.ng.ru/ideas/2007-04-06/11_apology.html (abgerufen 7.6.2008); Rainer Lindner: „Mehrparteiensystem in Russland konstruiert“. Deutsche Welle (Fokus Ost-Südost), 15.3.2007, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2386011,00.html> (abgerufen 7.6.2008).

Behörden, die sie dort nicht einmal in Gestalt der bis dahin vorhandenen Kleinfraktionen dulden wollten.

Wahlen: Bei den Staatsdumawahlen von 2003 hatte das „Einheitliche Russland“ mit 37% der Stimmen über 300 Sitze – und damit die Verfassungsmehrheit – erzielt. Das war auf der Grundlage eines Wahlrechts zustande gekommen, bei dem je 225 Sitze auf Parteilisten und in so genannten Einerwahlkreisen, wo auch Unabhängige, Unbequeme und Individualisten mitunter mit Erfolg kandidierten, gewählt worden waren.

Nach dem Geiseldrama in der südrussischen Stadt Beslan Anfang September 2004 verschärfte Putin unter Hinweis auf die „Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus“ den längst offensichtlichen autoritären Kurs. Er meinte wörtlich: „Ich bin noch der Liberalste in der politischen Führung. Die anderen wollen gar keine Wahlen“.⁹ Seit Anfang 2005 gibt es keine Volkswahlen der Oberhäupter der Exekutive (d.h. v.a. Gouverneure und Republikspräsidenten) der „Subjekte“, d.h. der Provinzen der Russländischen Föderation, mehr; sie werden seither vom Präsidenten Russlands ernannt und von den regionalen Parlamenten nur noch bestätigt. Zudem änderte der Kreml auch das Wahlrecht für die Staatsduma: Die Abschaffung der Einerwahlkreise bedeutete, dass niemand mehr ohne Parteibindung kandidieren kann. Gleichzeitig „musste“ aber das „Einheitliche Russland“ bei den Wahlen 2007 in etwa zwei Drittel der Stimmen erzielen, um auch wieder die Verfassungsmehrheit zu erringen. Genau das trat dann am 2. Dezember 2007 (wenig überraschend) ein: Die Partei, als deren Spitzenkandidat der parteilose Putin fungierte, gewann 64,24% der Stimmen. Praktisch alle ernstzunehmenden Beobachter äußerten sich skeptisch über die Fairness der Wahlen und ihre Ergebnisse, doch davon zeigten sich die Behörden ebenso vollkommen unbeeindruckt wie von dem Umstand, dass die OSZE keine Beobachter entsenden wollte.

⁹ Zitiert nach: Uwe Klusmann/Walter Mayr: Gefangener des Kaukasus. Der Spiegel, 38/2004, 13.09.2004, S. 120, auch Online: <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/dokument.html?id=32134679&top=SPIEGEL> (abgerufen 7.6.2008).

Die offiziellen Wahlergebnisse in Putins Russland waren zu keinem Zeitpunkt besonders Vertrauen erweckend, aber besonders unglaubwürdig fielen sie in der nordkaukasischen Unruhorepublik Tschetschenien aus. So sollen bei den Dumawahlen 2007 (bei einer Wahlbeteiligung von 99,5%) 99,36% für das „Einheitliche Russland“ gestimmt haben. Das war die landesweit größte Zustimmung zu dieser Partei, doch hatte Putins Statthalter vor Ort (und Mitglied des „Obersten Rates“ des „Einheitlichen Russlands“), Ramzan Kadyrow, zuvor eigentlich 100 Prozent versprochen.

Grundsätzlich stellt sich allerdings die Frage, wie wichtig die Vorkommnisse in und um die Staatsduma noch sind, wenn denn zutreffen sollte, was ihr Vorsitzender und Chef des „Obersten Rates“ des „Einheitlichen Russlands“, der Putin-Vertraute Boris Gryslow, wörtlich meinte: das Parlament „ist kein Ort für Diskussionen“.¹⁰

2.4. Medien

Die Medienfreiheit ist unbestritten ein wichtiger Indikator für den Zustand einer Demokratie. Unter Putin schaltete der Kreml die meisten überregional bedeutenden Medien – und v.a. das Fernsehen, das für viele die einzige oder hauptsächliche Informationsquelle ist – gleich. Sie erfüllen nun wieder jene Mission, die ihnen bereits in der Sowjetzeit zukam – nämlich Erklärung, Verteidigung und Rechtfertigung der Politik des Kremls. Von einer möglichst unabhängigen „vierten Gewalt“, welche die drei staatlichen Gewalten demokratisch kontrolliert, ist kaum noch die Rede. Eine unabhängig-kritische Presse kann sich am ehesten im Printbereich halten, doch ist sie oft Schikanen der Behörden oder „Konkurrenten“ ausgesetzt. Zudem ist ihr Verbreitungsgrad gering (da außerhalb der großen Städte nicht oder nur schwer erhältlich), und „unbequeme“ Journalisten – wie Anna Politkowskaja von der „Nowaja gazeta“ („Neue Zeitung“) 2006 – wurden ermordet.

¹⁰ Zitiert nach: Vse po mestam. Polit.ru, 13.4.2007, http://www.polit.ru/event/2007/04/13/gryzly_bear.html (abgerufen 3.6.2008).

Das wirkte sich zwangsläufig auf den Platz Russlands in internationalen Rankings aus. Im „Worldwide Press Freedom Index“ der bekannten NGO „Reporter ohne Grenzen“ lag es 2007 von 169 erfassten Ländern auf dem 144. Platz (Island und Norwegen – 1., Deutschland – 20., Eritrea –169.).¹¹

2.5. Gudkow über den Zustand der Demokratie in Russland

Was ist das Ergebnis dieser „Politik der Imitation“ – jedenfalls in der Interpretation des bekannten Soziologen Lew Gudkow, des Leiters des angesehenen Moskauer Meinungsforschungsinstituts „Lewada-Zentrum“? „Die meisten haben kaum eine Vorstellung davon, was eine Demokratie ist, denn sie haben nie in der Demokratie gelebt. Mehr noch: Die populistische konservative Demagogie der 1990er Jahre seitens der Kommunisten und später seitens der ‚Partei der Macht‘ hinsichtlich der Reform-Politik und der demokratischen Parteien hat dazu geführt, dass die Prinzipien und Modelle der Demokratie in Verruf geraten sind. Je nach dem Bildungsniveau und Informationsgrad verstehen die Russen unter Demokratie das Recht, die Macht zu kritisieren, Reisefreiheit oder sogar Chaos, Zerfall, leere Versprechen und Demagogie. Dass Demokratie eine Staatsordnung ist, die auf Gewalttrennung und auf freier Konkurrenz der politischen Parteien basiert, verstehen die allermeisten nicht. Nur 10 bis 12 Prozent der Bevölkerung sind mit den Grundlagen der Demokratie wirklich vertraut“.¹²

Viele Politiker sowie manche Medien und auch „Russland-Experten“ in Westeuropa und Nordamerika tun sich freilich schwer, die autoritären Dinge beim Namen zu nennen, und loben stattdessen die „Stabilität“, die Putin Russland beschert habe.

11 Reporters Without Borders: Worldwide Press Freedom Index 2007, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025 (abgerufen 5.9.2008).

12 Zitiert nach: „Die wenigsten Russen verstehen, was Demokratie ist“. Deutsche Welle, 2.12.2007, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,2974022,00.html> (abgerufen 5.12.2007).

3. Vorschläge zur Lösung des „Problems 2008“ (bis Dezember 2007)

Ab der Wiederwahl Putins 2004 intensivierte sich in der russischen Elite die Diskussion um das so genannte „Problem 2008“, also das Jahr des Auslaufens seiner zweiten Amtszeit. Je länger diese dauerte, desto mehr und lauter wurden in der politischen Klasse, aber auch z.B. von Seiten bestimmter Kunst- und Kulturschaffender (so der bekannte Regisseur Nikita Michalkow und der Bildhauer Surab Zereteli) sowie anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Russlands die Rufe nach einer „dritten Amtszeit“ für Putin.¹³ Dabei stellte sich die Frage, ob die betreffenden Personen nicht wussten, dass in der Verfassung nur von zwei Amtszeiten die Rede ist (was wenig wahrscheinlich ist), ob sie zum Bruch der Verfassung oder aber zu ihrer Veränderung aufriefen. Letzteres wäre angesichts der Mehrheitsverhältnisse in beiden Parlamentskammern natürlich kein Problem gewesen. Jedenfalls wurden verschiedene Überlegungen zur Lösung des „Problems 2008“ angestellt.

Dabei schien Weißrussland (Belarus) zeitweise eine erhebliche Rolle zu spielen. Gegen Ende 2006 gedachte der de facto vom Kreml kontrollierte Gasmonopolist Gazprom Weißrussland eine Erhöhung des Gaspreises um etwa das Vierfache, nämlich auf 200 Dollar für 1.000 Kubikmeter, vorzuschreiben. Daraus resultierte zwar nicht die erste russisch-weißrussische Kontroverse um den Gaspreis, doch schien nun ein Ende des „Planwirtschaftswunders“ in Weißrussland zu drohen, da große Teile seiner Wirtschaft unter Marktbedingungen kaum überlebensfähig wären. Nicht wenige Beobachter sahen – mit guten Gründen – im Vorgehen von Gazprom den Versuch, dem autoritär regierenden weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko eine „Integration“ der beiden Länder zu russischen Bedingungen aufzudrängen, um auf diese Weise ein neues Staatsgebilde entstehen zu lassen, als dessen Präsident Putin seine erste Amtszeit antreten könnte. Damit wäre das „Problem

13 Ramzan Kadyrow setzte sich überhaupt für eine lebenslange Präsidentschaft Putins ein.

2008“ aus der Sicht erheblicher Teile der russischen Elite gelöst gewesen, und Putin hätte seine wiederholten Erklärungen, „keine dritte Amtszeit“ anzustreben, dennoch eingehalten. Die bekannte russische Politologin Lilija Schewzowa meinte, dass „die Annexion von Belarus einen rechtlichen Weg für Putin eröffnen könnte, um im Kreml zu bleiben“.¹⁴ Bekanntlich kam es nicht dazu, doch meinte KPRF-Chef Genadij Sjuganow noch am Tag von Putins Wahl zum Premierminister am 8. Mai 2008: „Es wäre die beste Variante für Sie, Präsident einer Union von Russland und Weißrussland zu werden – ich habe Sie mehrmals dazu zu überreden versucht, aber Sie haben leider nicht zugestimmt“.¹⁵ Die Kommunisten sprachen sich übrigens in der Duma gegen die Bestellung Putins zum Premierminister aus, was eine eigenartige Situation schuf: Als Präsident einer russisch-weißrussischen „Union“ wäre er ihnen gut genug gewesen, als Regierungschef Russlands dagegen nicht.

Stimmen in- und außerhalb Russlands, die sich um Putins politisches und/oder materielles Auskommen Sorgen zu machen schienen, sagten ihm eine Karriere als Generaldirektor von Gazprom voraus. Es gab aber noch kuriosere Vorschläge bzw. Prognosen. So spekulierten verschiedene Stimmen auf einen Status Putins als „russischer Deng Xiao Ping“ – in Anspielung auf den chinesischen Politiker (1904-1997), der zwischen 1978 und den frühen 1990er Jahren de facto-Anführer Chinas war, ohne Staats- oder Regierungschef zu sein. Eine der bizarrsten Ideen kam im November 2007 von der Vereinigung „Frauen von Wladiwostok“: Putins Ehefrau Ludmilla solle doch Präsidentin werden.¹⁶

Im Folgemonat machte der Kreml mit Medwedjew seinen Kandidaten für die kommende Präsidentenwahl namhaft und designierte ihn damit de facto zum Nachfolger Putins. Am 1. Februar 2008 meinte Konstantin Zatulin, ein bekannter nationalistischer Hardliner und Staatsduma-Abgeordneter, dass Putin auch nach

14 Zitiert nach: Yuri Zarakhovich: Pipe Down. Time, 4.1.2007, <http://www.time.com/time/europe/magazine/article/0,13005,901070115-1573956,00.html> (abgerufen 15.2.2008).

15 G. A. Zjuganov na zasedanii Gosudarstvennoj Dumy 8 maja: „Kandidaturu Putina na post prem'er-ministra my podderžat' ne možem i golosovat' budem protiv“. Pressedienst der Fraktion der KPRF in der Staatsduma, 8.5.2008, <http://kprf.ru/personal/zyuganov/statement/56969.html?s> (abgerufen 25.6.2008).

16 Tat'jana Dvojnova: Ljudmile Putinoj našli novuju rabotu. Nezavizimaja gazeta, 19.11.2007, S. 6.

den (damals noch bevorstehenden) Präsidentenwahlen „nicht verschwinden“ werde.¹⁷ Das aber hatte ohnedies kaum jemand angenommen; es war längst klar geworden, dass sich Putin, der 2007 erst 55 Jahre alt wurde, keinesfalls aus der aktiven Politik zurückziehen würde, um als „elder statesman“ in der ganzen Welt gut bezahlte Vorträge zu halten.

4. Die „Transformation der Macht“ zwischen März und Mai 2008

Eine überzeugende Begründung für die Auswahl Medwedjews zum Putin-Nachfolger fehlt bis heute. In Gestalt von Vizepremier und Ex-Verteidigungsminister Sergej Iwanow war ein anderer präsumtiver Kandidat in den Startlöchern gestanden, der – zumal als Angehöriger der so genannten „Geheimdienstfraktion“ im Kreml – einflussreicher und stärker zu sein schien als Medwedjew. Genau deswegen dürfte er aber nicht zum Zug gekommen sein. Ein Bericht der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin vom Mai 2008 stellte die plausible Vermutung an, dass Medwedjew, der über „keine eigene Hausmacht verfügt und auf Zusammenarbeit mit allen angewiesen ist, die Machtbalance der Putin-Ära nicht in Gefahr bringen wird“. Auch für Putin gehe von Medwedjew, „der sein ‚Geschöpf‘ ist, keine Risiko aus“.¹⁸

Die Präsidentenwahlen fanden am 2. März 2008 statt. Wie zu erwarten war, wurde Medwedjew gleich im ersten Durchgang mit großer Mehrheit gewählt (in Tschetschenien lag sein Ergebnis mit 88,7% erheblich über dem gesamtrussischen Ergebnis von 70,28% der Stimmen). Sjuganow erhielt 17,72%, Schirinowskij 9,35% und der Chef der irrelevanten Demokratischen Partei Russlands Andrej Bogdanow

17 Zitiert nach: Vladimir Solov'ev: Partija regionov prikusila russkij jazyk. Kommersant', 3.3.2008, S. 11.

18 Hans-Henning Schröder: Die Neuordnung der politischen Führung in Russland. SWP-Aktuell 42, Mai 2008, S. 3.

1,3%. Der Kreml hatte dafür gesorgt, dass Oppositionelle wie Ex-Ministerpräsident Michail Kasjanow, Ex-Schachweltmeister Garri Kasparow oder Wladimir Bukowskij, ein ehemaliger sowjetischer Dissident, erst gar nicht antreten konnten. Aber selbst wenn sie zugelassen worden wären, hätten sie zweifellos keinen Einfluss auf das Endergebnis gehabt. Die Chancen der Kandidaten waren von vornherein ungleich verteilt gewesen, da sich alle vom Kreml kontrollierten Medien – und insbesondere die landesweit sendenden Fernsehkanäle – voll und ganz in den Dienst Medwedjews stellten. Die OSZE entsandte keine Beobachter zu den Präsidentschaftswahlen und machte geltend, dass Moskau Bedingungen gestellt habe, die ein sinnvolles Wahlmonitoring verunmöglicht hätten. Konkret ging es darum, dass Moskau den Beobachtern zeitliche Begrenzungen der Anwesenheit auferlegen und auch ihre Zahl so gering wie möglich halten wollte. Die Schuld für das Nichtzustandekommen der Wahlbeobachtung schob Moskau (wenig überraschend) ausschließlich der OSZE bzw. ihrem Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) zu.

Bei seiner Amtseinführung am 7. Mai sprach Medwedjew den in der Verfassung festgelegten Amtseid, in dem es heißt, dass er „die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers achten und schützen“ werde. Der Patriarch der Russisch-orthodoxen Kirche, Alexij II., segnete den neuen Präsidenten. Am nächsten Tag wählte die Staatsduma Putin mit der höchsten jemals erreichten Zustimmungsrate in einer Legislative des postsowjetischen Russlands zum neuen Ministerpräsidenten: 392 der 448 anwesenden Abgeordneten unterstützten ihn, was 87,5% entsprach. Die niedrigste Zustimmungsrate bei der Wahl zum Premier in der Duma hatte übrigens ebenfalls Putin erreicht – nämlich am 16. August 1999, als nur 233 (und damit 53,1%) der damals anwesenden 439 Abgeordneten für ihn stimmten.¹⁹ Ein kleines, aber im Kontext der gegenwärtigen russischen Realität nicht unbedeutendes Detail hatte Putin bereits vorher verlautbart: Er habe es „nicht nötig“, Medwedjews Porträt in seinem Arbeitszimmer aufzuhängen.

19 Viktor Chamraev: Čto naaplodirovali novomu prem'eru. Kommersant', 12.5.2008, S. 2.

Am 9. Mai besuchten Medwedjew und Putin die Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau zum „Tag des Sieges“ über Hitlerdeutschland 1945, bei der erstmals seit dem Zerfall der UdSSR (1991) wieder Hardware gezeigt wurde, d.h. nicht nur Soldaten aufmarschierten. Das war wieder ein gut überlegtes und vorbereitetes Signal an das In- und Ausland, das man mit „Wir sind wieder wer“ vereinfachend, aber treffend umschreiben kann. Da spielte es keine Rolle, dass die Moskauer Straßen dann für umgerechnet 40 Mio. Euro saniert werden mussten.²⁰ Am 9. Mai erklärte Medwedjew: „Die Geschichte der Weltkriege warnt: Bewaffnete Konflikte entstehen nicht von selbst. Sie werden von jenen ‚entzündet‘, deren verantwortungslose Ambitionen die Oberhand über die Interessen von Ländern und ganzen Kontinenten, über die Interessen von Millionen Menschen gewinnen. Und daher müssen wir uns an die Lehre dieses Krieges erinnern und jeden Tag alles tun, auf dass sich solche Tragödien nicht wiederholen“.²¹

Und: „Konfrontation und Gewalt führen zu Katastrophen. Und für die blutigen Fehler der Politiker zahlen die Völker, zahlen Alte, Frauen, Kinder. Diese Fehler legen sich als schwere Bürde auf die Schultern neuer Generationen. Und noch viele Jahrzehnte später können ganze Länder und Kontinente die schrecklichen Folgen solcher Tragödien nicht überwinden“.²²

Kaum jemand in Russland dürfte bei diesen Worten an den Krieg in Tschechien gedacht haben, dem Putin seinen rasanten Aufstieg 1999/2000 verdankte und für dessen Beendigung per Verhandlungen sich Medwedjew nie eingesetzt hat. Und genau drei Monate später ließen Putin und Medwedjew ihre Armee in Georgien einmarschieren.

20 Verena Diethelm: Rasseln mit rostigem Säbel. Der Standard, 10./11./12.5.2008, S. 8.

21 Dmitrij Medvedev: Vystuplenie na Voennom parade v čest' 63-j godovščiny Pobedy v Velikoj Otečestvennoj vojne, 9 maja 2008 goda, Moskva, Krasnaja ploščad', http://www.kremlin.ru/appears/2008/05/09/1111_type82634type122346_200412.shtml (abgerufen 14.6.2008).

22 Dmitrij Medvedev: Vystuplenie na prieme v čest' 63-j godovščiny Pobedy v Velikoj Otečestvennoj vojne, 9 maja 2008 goda, Moskva, Kreml', http://www.kremlin.ru/appears/2008/05/09/1742_type122346_200467.shtm (abgerufen 14.6.2008).

5. Umverteilung von Kompetenzen vom Präsidenten zum Premier?

Zu diesem Thema wurden in- und außerhalb Russlands in den vergangenen Monaten sehr viele – plausible und unplausible – Überlegungen angestellt. Von besonderer Bedeutung in diesem Kontext ist der – im Ausland kaum wahrgenommene, aber erhebliche – Umstand, dass Russland de facto über „zwei Regierungen“ verfügt: Seit Jelzins Zeiten unterstehen nämlich sicherheitsrelevante Ministerien und sonstige Behörden nicht dem Ministerpräsidenten, sondern direkt dem Präsidenten Russlands. Das wurde in verschiedenen Erlässen des Präsidenten Russlands ausgeführt, so unter Putin zuletzt am 24. September 2007.²³ Diesem Dokument zufolge unterstehen dem Präsidenten: das Außenministerium; das Justizministerium; das Innenministerium; das Ministerium für Angelegenheiten der Zivilverteidigung, außerordentliche Situationen und die Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen; das Verteidigungsministerium; der Föderale Sicherheitsdienst (FSB); der Dienst für Auslandsaufklärung (SVR); der Föderale Schutzdienst (FSO); der Föderale Kurierdienst; der Föderale Dienst für die Kontrolle des Umlaufs von narkotischen Mitteln; die Hauptverwaltung für Spezialprogramme des Präsidenten Russlands;²⁴ und die Hauptverwaltung für administrative Angelegenheiten der Präsidialadministration.

Es gab vor Medwedjews Angelobung in den russischen Medien Mutmaßungen über eine Verschiebung der Zuständigkeiten für die sicherheitsrelevanten Behörden hin zur Regierung und die Einsetzung eines für sie zuständigen Vizepremiers.²⁵ Dazu kam es aber nicht. Ein Erlass Medwedjews vom 12. Mai 2008 bestätig-

23 Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii ot 24 sentjabrja 2007 g. N 1274 „Voprosy struktury federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti“, Rossijskaja gazeta, 26.9.2007, <http://www.rg.ru/2007/09/26/struktura-dok.html> (abgerufen 26.6.2008).

24 Dies ist eine der geheimsten Institutionen Russlands, über die nur wenige gesicherte Informationen vorliegen; sie ist für Mobilisierungsmaßnahmen der zentralen staatlichen Institutionen im Kriegsfall verantwortlich.

25 Vlast' prem'era Putina povysitsja za sčet urezanija polnomočij prezidenta Medvedeva, utverždajut SMI. NEWSru.com, 21.3.2008, http://newsru.com/russia/21mar2008/peredel_print.html (abgerufen 21.3.2008)

te die unter Putin herrschenden Unterstellungsverhältnisse.²⁶ Das muss allerdings nicht so bleiben. Eine Übertragung der Leitung der Sicherheitsbehörden auf die Regierung bedarf nicht einmal einer Verfassungsänderung: Es genügt eine Änderung des Gesetzes „Über die Regierung“ und ein entsprechender Erlass des Präsidenten.

Die zitierte SWP-Studie sprach im Hinblick auf Putin und Medwedjew von einem „Nebeneinander von zwei Politikern, von denen der eine politisch, der andere institutionell stark ist“.²⁷ Einige russische und ausländische Medien nennen die derzeitige russische Führung „Tandemokratie“. Der ehemalige Botschafter Österreichs in Russland (1999-2003), Franz Cede, sprach von einem „Duopol“ zwischen Präsident und Premier.²⁸ „Gegensätze“ oder sogar „Machtkämpfe“ zwischen Putin und Medwedjew, die manche westeuropäische und nordamerikanische Medien vorhersagten, scheinen derzeit unwahrscheinlich. Dafür könnte sich das de facto-Zentrum des politischen Zentrums Russlands allmählich vom Kreml zur Regierung – d.h. zu Putin – verschieben. Es gibt aber auch ein gewichtiges Argument, das dagegen spricht und etwa vom Putin-nahen „Polittechnologen“ Wjatscheslaw Nikonow im April 2008 explizit gemacht wurde: „Warum sollte Putin die Kompetenzen des Präsidenten beschneiden, wo er doch in dieses Amt zurückkehrt?“ Und Nikonow weiter: „Die Ära Putins beginnt erst“.²⁹

Nach der Verfassung bestimmt der Präsident die Außenpolitik Russlands, und Putin meinte auf die ihm Anfang April 2008 am Rande des NATO-Gipfels in Bukarest gestellte Frage, ob er es bedauere, die internationale Bühne zu verlassen, dass er dem Augenblick entgegensehe, „an dem ich diese Bürde meinem Nachfolger übergeben kann“.³⁰ Dennoch entwickelte er in seiner neuen, alten Eigenschaft als

26 Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: Voprosy sistemy i struktury federal'nych organov ispolnitel'noj vlasti, N 724, 12.5.2008, <http://www.consultant.ru/online/base/?req=doc;base=LAW;n=76855> (abgerufen 2.6.2008).

27 Schröder a.a.O., S. 7.

28 Franz Cede: Moskau nach den Wahlen – ein neues Kapitel der russischen Politik. In: Unsere Sicherheit Europa (Newsletter des Österreichischen Instituts für Europäische Sicherheitspolitik), 1/2008, S. 3.

29 Zitiert nach: Révélations sur le système Poutine. Le Nouvel Observateur, 28.2.2008, <http://hebdo.nouvelobs.com/hebdo/parution/p2260/articles/a367586-.html> (abgerufen 8.6.2008).

30 Zitiert nach: Markus Benrath: „Lasst uns Freunde sein“. Der Standard, 5./6.4.2008, S. 8.

Ministerpräsident unverzüglich außenpolitische Aktivitäten. Eine Moskauer Zeitung, die üblicherweise die Stimmungen im Kreml plausibel wiedergibt, schrieb am 16. Juni 2008: „Putin hat die Außenpolitik keineswegs verlassen. Schon jetzt ist seine Rolle in diesem Bereich erheblich bedeutender als die aller seiner Vorgänger an der Spitze der Regierung. In den letzten Wochen hat Putin Frankreich besucht, wo er praktisch Gast von Präsident Nicolas Sarkozy war, er besuchte Silvio Berlusconi in Italien ... und hat einige wichtige Gäste in Moskau empfangen, darunter den japanischen Premier Yasuo Fukuda, der Putin nach Japan einlud. Alles deutet darauf hin, dass der Regierungschef [...] zu einer Schlüsselfigur der Außenpolitik wird“.³¹

Darauf deuteten auch zahlreiche nachfolgende Ereignisse hin. So findet die Regierung in der am 28. Juni 2008 von Medwedjew erlassenen „Außenpolitischen Konzeption“ – wenngleich nur mit einem einzigen allgemeinen Satz – Erwähnung („Die Regierung der Russländischen Föderation führt die Außenpolitik des Landes durch“)³². Das ist insofern bemerkenswert, als das gleichnamige, von Präsident Putin im Jahr 2000 verfügte Vorgängerdokument der Regierung keinerlei Beachtung geschenkt hatte.³³ Und anlässlich der Militärintervention in Georgien im August 2008³⁴ drängte Putin Medwedjew weitgehend in den Hintergrund.

31 Artur Blinov: Ličnaja diplomatija Vladimira Putina. Moskva obzavelas' ešče odnim kanalom svjazi s mirom. Nezavisimaja gazeta, 16.06.2008, http://www.ng.ru/courier/2008-06-16/13_putin.html (abgerufen 24.6.2008).

32 President of Russia, July 12, 2008: The Foreign Policy Concept of the Russian Federation, <http://www.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml> (abgerufen 5.9.2008).

33 Konzeption Außenpolitik der Russischen Föderation. Bestätigt durch den Präsidenten der Russischen Föderation am 28. Juni 2000 (Nr. Pr-351), <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/sd00061z.htm> (abgerufen 5.9.2008).

34 Vor deren Hintergrund muten die folgenden Sätze aus der „Außenpolitischen Konzeption“ durchaus erstaunlich an: „To promote good neighborly relations with bordering States, to assist in eliminating the existing hotbeds of tension and conflicts in the regions adjacent to the Russian Federation and other areas of the world and to prevent emergence of the new ones“; „The unilateral action strategy leads to destabilization of international situation, provokes tensions and arms race, exacerbates interstate differences, stirs up ethnic and religious strife, endangers security of other States and fuels tensions in intercivilizational relations. Coercive measures with the use of military force in circumvention of the UN Charter and Security Council cannot overcome deep social, economic, ethnic and other differences underlying conflicts, undermines the basic principles of international law and leads to enlargement of conflict space, including in the geopolitical area around Russia“; „Arbitrary and politically motivated interpretation by certain countries of fundamental international legal norms and principles such as non-use of force or threat of force, peaceful settlement of international disputes, respect for sovereignty and territorial integrity of

6. Wie wahrscheinlich sind Änderungen des außen- und sicherheitspolitischen Kurses unter Medwedjew?

Seine erste Auslandsreise als Präsident führte Medwedjew ab 22. Mai nach Kasachstan und China. Das war natürlich kein „Zufall“ und hatte sich auch nicht „gerade ergeben“, sondern war genau und mit Bedacht ausgewählt. Masha Lipman, Mitarbeiterin des Carnegie Moscow Center, kommentierte, dass Medwedjew dadurch ein „Signal“ aussendete, wonach „the East is more important than the West for Russia“.³⁵ Fjodor Lukjanow, Herausgeber der („Foreign Affairs“ nachempfundenen) Zeitschrift „Russia in Global Affairs“, schlug in die gleiche Kerbe: „Russia is a country with diversified interests and diversified friends. If the west is not willing or able or enthusiastic about developing the relationship, we can find other major partners“.³⁶

Mit Astana und Peking unterhält Moskau sehr amikale politische Beziehungen, und beide spielen in seiner energiepolitischen Strategie eine signifikante Rolle – China als Zukunftsmarkt und Kasachstan als Land, das sein Öl und Gas auch weiterhin möglichst ausschließlich über russisches Gebiet auf den Weltmarkt transportieren und nicht etwa auf die Idee kommen soll, Alternativen (so etwa in die aserbaidzhanische Hauptstadt Baku führende Trans-Kaspische Pipelines) zu suchen. Medwedjew ist mit der Energieproblematik bekanntlich gut vertraut; schließlich war er Vertreter des Kremls im so genannten „Rat der Direktoren“ von Gazprom, konkret 2000-2001 als dessen Vorsitzender, 2001-2002 als stellvertretender Vorsit-

States, right of peoples to self-determination, as well as the attempts to portray violations of international law as its 'creative' application, are especially detrimental to international peace, law and order. Such actions erode the basis of international law and inflict a lasting damage to its authority“; „Russia will continue to actively support peaceful resolution of conflicts in the CIS area based on international law, respect for earlier agreements and search for agreement between the parties involved, by fulfilling responsibly its mission of a mediator in the negotiations and peacekeeping“.

35 Zitiert nach: Chloe Arnold: Russia: Medvedev's Looks East, Not West, On First Foreign Visit. RFE/RL Features Article, 21.5.2008.

36 Zitiert nach: Neil Buckley/Isabel Gorst: Medvedev trip east sends signal to west. Financial Times Online, 22.5.2008, http://www.ft.com/cms/s/0/de907a48-278b-1dd-b7cb-000077b07658.html?ncklick_check=1 (abgerufen 24.5.2008).

zender und dann bis zum Beginn seiner Präsidentschaft wieder als Vorsitzender. Moskau und Peking versicherten einander anlässlich von Medwedjews Besuch zum wiederholten Male, die geplante US-Raketenabwehr in Ostmitteleuropa abzulehnen – und das zu einem Zeitpunkt, da Russland nach eigenen Angaben seine Luft- und Raketenabwehr ausbaut (wenngleich ohne jede Aufmerksamkeit oder „sogar“ Kritik der europäischen und/oder internationalen Öffentlichkeit).

In seiner Rede auf dem jährlichen Wirtschaftsforum für Auslandsinvestoren in St. Petersburg am 7. Juni 2008 erklärte Medwedjew Russland zum „Global Player“. Er machte seine Absicht deutlich, Moskau zum „globalen Finanzzentrum“ und den Rubel zu einer der führenden Währungen zu machen (wozu es allerdings kaum kommen wird, M.M.). Zudem griff er die USA an, deren „aggressive Fiskalpolitik“ zu Verlusten nicht nur in Unternehmen, sondern auch für die Mehrheit der Weltbevölkerung geführt habe. Und: „Einer der wichtigsten Ursachen der derzeitigen Krise ist die fehlende Übereinstimmung zwischen der formalen Rolle der USA im globalen Wirtschaftssystem und ihren realen Möglichkeiten“.³⁷

Änderungen in der Außenpolitik sind von Medwedjew nicht zu erwarten. Für ihn wie auch für jeden anderen irgendwie relevanten politischen Funktionär steht vollkommen außer Diskussion, dass Russland eine Supermacht ist und entsprechende Ansprüche anzumelden hat. Referenzland im atomstrategischen Bereich sind ganz eindeutig die USA – und nicht Mittelmächte wie Großbritannien, Frankreich, China oder Indien. Im Juni 2008 meinte Finanzminister Alexej Kudrin wörtlich, dass „Russland als einziges Land der Welt die atomare Parität mit den USA“ gewährleiste. „Solange es diese Parität gibt, beginnt kein Atomkrieg“. Die anderen Kernwaffenmächte könnten keine atomare Parität mit den USA gewährleisten; dies sei eine „Mission Russlands“. Deshalb würden rund 30% der Gesamtausgaben des russischen Haushalts auf Sicherheit und Verteidigung entfallen.³⁸

37 Dmitrij Medvedev: Vystuplenie na XII Peterburgskom meždunarodnom ekonomičeskom forume. St. Petersburg, 7.6.2008, http://www.kremlin.ru/appears/2008/06/07/1200_type63377type82634type122346_202221.shtml (abgerufen 26.6.2008).

38 Zitiert nach: Vizepremier: Russland verhindert Atomkrieg durch atomare Parität mit USA. RIA Novosti, 25.6.2008, <http://de.rian.ru/safety/20080625/112111374.html> (abgerufen 26.6.2008).

Dabei kann sich der Kreml voll und ganz auf die öffentliche Meinung stützen. Das „Lewada-Zentrum“ führte im Januar 2008, d.h. wenige Wochen vor den Präsidentenwahlen, eine Umfrage über Erwartungen an das neue Staatsoberhaupt durch. Dabei stellte sich heraus, dass die Bürger von diesem v.a. wollen, dass es „Russland wieder zur Großmacht macht“ (51%); erst dann folgten Anliegen wie „Recht und Ordnung“ (45%), eine gerechte Verteilung der Staatseinnahmen gemäß den Interessen der „einfachen Leute“ (41%) und Reformen, die auf eine soziale Absicherung der Bevölkerung zielen (37%).³⁹

7. Fazit

Nicht wenige Stimmen in Politik und Medien sowie „Russland-Experten“ in Westeuropa und Nordamerika hatten Medwedjew mit Vorschusslorbeeren bedacht: Dieser sei „jung und dynamisch“, „kann gut zuhören“, „hat sich gegen eine Verschärfung der Pressegesetzgebung ausgesprochen“, sei „wenigstens keiner aus der Geheimdienstfraktion“, „ein Marktwirtschaftler“, wolle „die Rolle des Staates in der Wirtschaft einschränken“⁴⁰, gäbe sich „als liberaler und westlicher Anhänger des Rechtsstaates“⁴¹ und sei ein Fan der britischen Hardrockband „Deep Purple“ (die tatsächlich im Februar 2008 im Kremlpalast anlässlich eines Firmenjubiläums von Gazprom⁴² spielte).

Offenbar sind in Westeuropa und Nordamerika angestellte Spekulationen, wonach Medwedjew „liberal“ sein könnte, auch zu Putin gedrungen, und gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt er es im März 2008 für angebracht, sie

39 Nach Lev Gudkov: Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland, in: Osteuropa, 1/2008, S. 3-26, hier S. 4.

40 Medwedew zeigt Abweichungen von Putins Kurs. Neue Zürcher Zeitung Online, 25.6.2008, http://www.nzz.ch/nachrichten/international/medwedew_zeigt_abweichungen_von_putins_kurs_1.768723.html (abgerufen 25.6.2008).

41 Eduard Steiner: Das Netzwerk des russischen Thronfolgers. Die Presse, 17.6.2008, S. 27.

42 Am 17. Februar 1993, d.h. 15 Jahre zuvor, hatte die russische Regierung eine Verordnung über die Umwandlung von Gazprom in eine Aktiengesellschaft erlassen.

zurückzuweisen: Medwedew werde sich nicht weniger als russischer Nationalist und Patriot erweisen als er, Putin, es sei.⁴³ Tatsächlich liegen bisher weder Anzeichen für eine Demokratisierung der russischen Realverfassung noch für eine kooperativere Außen- und Sicherheitspolitik vor. Das sollte auch die Russlandpolitik der EU (nicht nur im Hinblick auf ihre energiepolitische Komponente) in Rechnung stellen, zumal viele Anzeichen darauf hindeuten, dass das Duo Putin – Medwedjew lange an der Macht zu bleiben gedenkt.

Georgij Satarow, ehemals Assistent von Präsident Jelzin, rief den „Westen“ überhaupt zur Vorsicht auf und gab folgende Empfehlung: „Verliebt euch nie in russische Führer! Der Westen neigt wie eine leicht entflammbare Witwe dazu, sich in jede neue russische Führungsperson zu verlieben. So war es mit Gorbatschow, mit Jelzin und auch mit Putin. ... Das Erstaunliche dabei ist, dass die Menschen im Westen sich in ihre eigenen Politiker durchaus nicht verlieben, sondern sich ihnen gegenüber sehr pragmatisch verhalten“.⁴⁴

43 Putin prophezeit schwieriges Verhältnis zum Westen. Spiegel Online, 8.3.2008, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,540289,00.html> (abgerufen 10.3.2008).

44 Zitiert nach: Uwe Klussmann: „Putin wird Super-Oligarch“ (Interview). Spiegel Online, 2.12.2007, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,519970,00.html> (abgerufen 3.12.2007).

In dieser Reihe sind bisher erschienen:

- AIPA 1/2008 Corinna Walter: Bedrohungsperzeptionen und regionale Sicherheitskooperation in Südamerika am Fallbeispiel Cono Sur
- AIPA 3/2007 Tillmann Höttsch: Das Konzept der Zivil-Militärischen Kooperation (CIMIC) – Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr
- AIPA 2/2007 Daria W. Dylla: Rational-Choice und das politische Issue Management: Die Gestaltung der politischen Agenda und ihre Rolle bei der Stimmenmaximierung
- AIPA 1/2007 Mischa Hansel: '(Although) it's not Rocket Science': A Theoretical Concept for Assessing National Space Policies in Europe
- AIPA 4/2006 Thomas Jäger/Kai Oppermann/Alexander Höse/Henrike Viehrig: Die Salienz außenpolitischer Themen im Bundestag. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 16. Deutschen Bundestages
- AIPA 3/2006 Peter Harbich: Die wachsende Bedeutung privater Akteure im Bereich der Intelligence. Private Akteure als Quellen, Abnehmer, Konkurrenten und Kooperationspartner staatlicher Nachrichtendienste
- AIPA 2/2006 Anatol Adam: Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen Brasiliens im Amazonasgebiet am Beispiel des SIPAM/SIVAM-Projekts
- AIPA 1/2006 John Emeka Akude: Historical Imperatives for the Emergence of Development and Democracy: A Perspective for the Analysis of Poor Governance Quality and State Collapse in Africa
- AIPA 4/2005: Lisa Sieger: International Mediation in Northern Ireland. An Analysis of the Influence of International Intermediaries on the Process and the Outcome of the Northern Irish Peace Process from 1994 to mid-2004
- AIPA 3/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Internationale Ordnung und transatlantische Wahrnehmungen: Die medial vermittelte Interpretation der Darfur-Krise in den USA, Deutschland, Frankreich und Großbritannien
- AIPA 2/2005: Gunther Hauser: The Mediterranean Dialogue: A Transatlantic Approach
- AIPA 1/2005: Thomas Jäger/Henrike Viehrig: Gesellschaftliche Bedrohungswahrnehmung und Elitenkonsens. Eine Analyse der europäischen Haltungen zum Irakkrieg 2003

- AIPA 4/2004: Stephan Klingebiel/Katja Roehder: Militär und Entwicklungspolitik in Post-Konflikt-Situationen
- AIPA 3/2004: Conrad Schetter: Kriegsfürstentum und Bürgerkriegsökonomien in Afghanistan
- AIPA 2/2004: Andrea K. Riemer/Gunther Hauser: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA und die Europäische Sicherheitsstrategie: Ein Vergleich des Unvergleichbaren
- AIPA 1/2004: Kai Oppermann: Blair's U-turn – Das britische Referendum über eine europäische Verfassung
-
- AIPA 4/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Anti-Terror-Politik in Deutschland
- AIPA 3/2003: Andrea Szukala (Hrsg.): Krieg im Irak – Krieg gegen den Terror?
- AIPA 2/2003: Kai Oppermann: New Labour und der Euro – Die Imperative des innerstaatlichen politischen Wettbewerbs
- AIPA 1/2003: Elke Krahnemann: The Privatization of Security Governance: Developments, Problems, Solutions